



Ausserordentliche Mitgliederversammlung
Freitag, 22. August 20:00 Uhr
Wirtschaft zum Eigenhof, Weinfelden

zuepacke und vüreluege

Die Zeitschrift der Jungen SVP Thurgau



Abstimmungen vom 28. September 2014

- VI „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gestgewerbes!“
- Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“

Stimmen aus der Partei

- Gedanken zum Eidgenössischen Nationalfeiertag 2014
- Welche Werte machen die Schweiz aus?

Vorwort



Geschätzte Parteikolleginnen und Parteikollegen

Nach der politischen Sommerpause starten wir mit frischer Kraft in die zweite Jahreshälfte. Ich hoffe, ihr konntet trotz teilweise durchgezogenem Wetter die vergangenen Wochen geniessen.

Bereits sind einige politische Diskussionen im Gang: teilweise zu den kommenden Abstimmungen, momentan aber auch über angekündigte oder vorgeschlagene Initiativen. Initiativkomitees rund um SVP-Parlamentarier schlagen einerseits eine Verschärfung des Asylrechts, und andererseits eine Reduktion der Entwicklungshilfe vor. Beides sind Themen, die wir natürlich mit Interesse verfolgen werden.

Auch die kommenden Abstimmungen vom 28. September versprechen Themen, die nicht zu ersten Mal diskutiert werden. Bereits im Jahr 2007 wurde die von linker Seite geforderte Einführung einer Einheitskrankenkasse klar mit über 71% Nein-Stimmen abgelehnt. Auch wenn vor einem Jahr Umfragen eine klare Zustimmung voraussagten, ist diese heute wohl kleiner geworden. Wie wir bereits in unserem Parteiprogramm schreiben, ist der Wettbewerb unter den Versicherungsgesellschaften ein Mittel gegen ständig steigende Prämien.

Die zweite Abstimmung dreht sich um die Mehrwertsteuer: Wer im Restaurant isst, bezahlt 8% MwSt, bei einem Imbissstand beläuft sich diese für die gleiche Mahlzeit zum Mitnehmen auf 2,5%. Darin sieht die Gastrobranche eine Ungleichbehandlung, welche sie mit der Initiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes» beheben will.

Zu beiden Vorlagen werden wir an der nächsten **Mitgliederversammlung am 22. August 2014** unsere Parole fassen.

Ich freue mich, möglichst viele Mitglieder an der kommenden Mitgliederversammlung begrüssen zu können.

Oliver Straub
Präsident Junge SVP Thurgau

Inhaltsverzeichnis

Abstimmungsvorlagen	4
Volksinitiative „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!“	4
Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“	5
Stimmen aus der Partei	6
Gedanken zum Eidgenössischen Nationalfeiertag 2014	6
Welche Werte machen die Schweiz aus?	7
Intern	8
Agenda	8
Impressum	8



www.jsvp-thurgau.ch

Abstimmungsvorlagen

Volksinitiative „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!“

Am 28. September kommt die Initiative „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!“ von Gastro Suisse an die Urne. Sie will, dass für das Gastgewerbe derselbe Mehrwertsteuersatz gelten soll, wie für den Verkauf von Nahrungsmitteln im Laden, auf dem Markt und am Imbissstand. Umsetzen lässt sich die Initiative nur, indem das Gastgewerbe für den Verkauf von Lebensmitteln zum reduzierten Satz besteuert wird. Bundesrat und Parlament empfehlen die Initiative abzulehnen, da eine Steuereinsparnis von bis zu 750 Millionen Franken entstehen könnte. Diese Ausfälle müssten kompensiert werden, wofür sich eine Erhöhung des reduzierten Steuersatzes von 2.5 Prozent auf 3.8 Prozent anbieten würde. Am Ende würden dadurch aber Haushalte mit tiefen Einkommen und der Mittelstand finanziell stärker belastet als heute.

Eckwerte der Initiative:

Alkoholfreie Getränke und Esswaren, die in einem Laden, auf dem Markt oder an einem Imbissstand gekauft werden, unterliegen einem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 2.5 Prozent, da sie als lebensnotwendiges Gut gelten. Im Restaurant hingegen werden für Speisen und Getränke 8% MwSt eingezogen, da hier weitere Leistungen in Form von Service usw. angeboten werden. Die Initiative verlangt, dass die Abgabe von Speisen und alkoholfreien Getränken im Gastgewerbe zum selben Satz besteuert wird,

wie der Verkauf von Nahrungsmitteln im Laden, auf dem Markt oder am Imbissstand.

Ob diese etwaige Steuerentlastung vollumfänglich an die Kunden weitergegeben wird ist unklar. Schätzungen rechnen mit einer durchschnittlichen Entlastung pro Haushalt von rund 195 Fr. (bei einer vollumfänglichen Weitergabe). Die Abweichungen sind jedoch gross, da besser situierte Haushalte häufiger in der Gastronomie konsumieren und dadurch auch stärker entlastet werden.

Eine Folge sind hohe Steuerausfälle von 750 Mio. Fr., wovon die allgemeine Bundeskasse, aber auch die AHV (rund 75 Mio.) und die IV (rund 40 Mio. (bis Zusatzfinanzierung IV 2017 ausläuft) betroffen sind.

Derartige Steuerausfälle wären kaum tragbar, weshalb sich eine Erhöhung des reduzierten Satzes von 2.5 auf 3.8% aufdrängen würde. Gleichzeitig müsste der Sondersatz für Beherbergungsleistungen von bisher 3.8 auf künftig 3.9 Prozent erhöht werden (gem. Bestimmungen über Beherbergungsleistungen in BV)

Fazit:

Unter dem Strich lässt sich sagen, dass eine Mehrzahl der Haushalte bei einer Initiativenannahme zu den Verlierern gehören würde. Konkret liegen die Gründe im Anstieg des reduzierten Steuersatzes und der Senkung der Steuer für gastgewerbliche Leistungen. Besonders betroffen wären somit v.a. Haushalte mit tiefen Einkommen (v.a. mit Kindern) und der Mittelstand.

Fabian Meyerhans, Leitung Medien

Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“

Die Volksinitiative für eine einheitliche Krankenkasse fordert, in Bezug auf die Grundversorgung der Bevölkerung, die Abschaffung von privaten Kassen und die Einführung einer Einheitskasse für alle. Urheber der Initiative sind die Alternative Linke, die SP, die Grünen und verschiedene Konsumentenschutz- und Verbraucherschutzorganisationen.

Der Auslöser ist die grosse Unzufriedenheit über das aktuelle Gesundheitssystem in der Schweiz und ständig steigende Prämien.

Die Einheitskasse würde in allen Kantonen Agenturen schaffen, die jeweils für einen Kanton die Prämien selbständig berechnen und einziehen.

Argument aus Sicht der Befürworter:

Über 60 private Krankenkassen veranstalten einen teuren bürokratischen Pseudo-Wettbewerb. Die lästigen Werbeanrufe und der zeitraubende Papierkram beim Kassenwechsel sind nur zwei von vielen Problemen.

Jahr für Jahr verschleudern die privaten Krankenkassen rund 225 Millionen Werbe-Franken, um der Konkurrenz junge, gesunde Prämienzahlende abzujagen. Hinzu kommen 100 Millionen an Wechselkosten, politisches Lobbying und hohe Gehälter für Manager.

In den letzten Jahren sind die Prämien stetig gestiegen. Mit der öffentlichen Krankenkasse bekommen wir die Kosten in den Griff. AHV und Suva zeigen, dass öffentliche Versicherungen funktionieren und das Wohl der Versicherten in den Mittelpunkt stellen.

Kurzfristig wird das Prämienwachstum dank den wegfallenden Marketing- und Wechselkosten gebremst. Zusätzlich können durch koordinierte Versorgungsprogramme und

mehr Prävention rund zwei Milliarden Franken pro Jahr eingespart werden. Insgesamt ergibt das ein Sparpotenzial von 10 Prozent der gesamten Kosten!

Argumente aus Sicht der Gegner:

Die Initianten versprechen, dass mit der Einheitskasse die Prämien sinken werden. Die Fakten zeigen das Gegenteil:

- Die Verwaltungskosten der Krankenversicherer (mit Werbekosten) betragen heute nur 5 Prozent der Gesamtkosten. Die Einheitskasse hat keine Anreize, diese so tief zu halten.
- Alleine die Umstellung vom heutigen System hin zur Einheitskasse wird zwei Milliarden Franken kosten.
- Heute werden über 60 Prozent der Versicherten, die sich für ein kostendämpfendes Hausarztmodell entscheiden, mit einem Prämienrabatt belohnt. Mit der Einheitskasse fällt dieser weg. Kostenbewusstes Verhalten zahlt sich nicht mehr aus – die Gesamtkosten werden dementsprechend steigen.

Die Einheitskasse ist nicht vereinbar mit der heutigen Wahlfreiheit, Selbstbestimmung und Vielfalt. Die Einheitskasse steht für Zwang, Abhängigkeit, Bevormundung und Einheitsprämie.

Im Ausland wird die Schweiz um ihr Gesundheitssystem beneidet. Es ist hervorragend, gerecht und sozial. Die Einheitskasse setzt all dies aufs Spiel.

Staatliche Einheitskassen und Gesundheitssysteme sind hoch verschuldet. Drastische Sanierungen zulasten der Steuerzahlenden und schmerzhaftes Rationieren medizinischer Leistungen zulasten der Patienten werden nötig.

Oliver Straub, Präsident

Gedanken zum Eidgenössischen Nationalfeiertag 2014

Seit 1891 begeht die Schweiz den Bundesfeiertag und mit aller Wahrscheinlichkeit beschäftigen sich seit 1891 Politiker und Bürger an jenem Tag traditionell mit der Frage, wer wir sind und was wir wollen? Für ein Land, das sein 723-jähriges Bestehen feiert eigentlich bedenklich, doch ist es das scheinbare Schicksal unserer Willensnation, sich immer wieder mit diesen Fragen auseinandersetzen zu müssen, um an die eigene Identität zu gelangen.

Aber eben, nur das scheinbare Schicksal, denn es gab Zeiten, wo über die Grundpfeiler der Schweiz nicht diskutiert werden musste, nämlich immer dann, wenn das Land in grosser Bedrängnis stand. So beispielsweise im Kriegsjahr 1941, wo die Eidgenossenschaft das 650-jähriges Jubiläum feierte. Alt-Bundesrat Philipp Etter wandte sich damals in seiner 1. August-Rede in deutlichen Worten an die Schweizer Bevölkerung und erklärte den Erhalt der Freiheit des Landes als gemeinsame Aufgabe. Gleichzeitig verlangte er von den Frauen und Männern, immer und überall ihre Pflicht zu erfüllen und die eigenen Wünsche dem Lande und seiner Freiheit unterzuordnen.

Gemeinschaftssinn war damals selbstverständlich, in der heutigen wohlstandsverwöhnten Zeit hingegen eine aus der Mode

gekommene Tugend. Die Gesellschaft zieht sich immer mehr in den Individualismus zurück. Alle wollen Rechte, niemand aber Pflichten. Das neue Verständnis von Freiheit heisst Individualität, Abkehr vom Gemeinwesen und damit Abkehr vom Gedanken der Nation. Kein Wunder also, versuchen wir krampfhaft, am 1. August unsere Identität als Nation zu finden.

Lasst uns daher **Mut zur Nation** beweisen. Mut zur Nation, das heisst einen ausgeprägten Sinn für die Gemeinschaft zu haben, mehr Geschlossenheit zu leben und trotzdem die Vielfalt in der Einheit zu wahren. Mut zur Nation heisst auch, dem gesellschaftlichen Gleichgewicht Sorge zu tragen oder wie die Präambel dergleichen treffend formuliert: „Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.“

Seien wir auf der Hut, dass wir uns in der Bequemlichkeit des Wohlstands die Grundpfeiler unserer Nation, nämlich Freiheit, Sicherheit und Gemeinschaftssinn nicht nehmen lassen oder uns selbst nehmen, denn das grösste Risiko in der Demokratie besteht in ihrer Selbstschaffung.

Noch können wir von den Errungenschaften zehren, seien wir dankbar, dieses Glück zu haben, seien wir bemüht, dass es so bleibt!

Benjamin Kasper

Präsident Eidgenössischer Bürgerrat,
ehemaliger Präsident Junge SVP Thurgau

Welche Werte machen die Schweiz aus?

Wenn ich mit Kolleginnen und Kollegen in der Jungen SVP politische Fragestellungen diskutiere sind wir nicht immer gleicher Meinung. Immer geht es um die selbe Frage: Was für einen Staat wollen wir? Was ist die Aufgabe eines Staates? Ich wünsche mir, dass in der Jungen SVP Thurgau diese grundsätzlichen Fragen auch künftig intensiv diskutiert werden. Damit wir uns noch aktiver für die bedrohten Werte einsetzen können.

Es geschieht tagtäglich: Irgendwo auf dieser Welt, in der Schweiz, im Thurgau oder in unserer Gemeinde ereignet sich etwas. Blitzschnell fragen wir uns: Wie stehen wir dazu? Was ist richtig, was falsch? Wenn Israel und die Hamas einen Krieg führen, wenn JUSO-Molina die Schweizerfahne verbannen will oder wenn die Stadt Frauenfeld drei neue Ökobusse kauft: Wir haben meist eine politische Meinung dazu oder bilden uns eine. Doch aufgrund von was? Wonach richten wir uns, was sind die Grundwerte, aufgrund derer wir uns eine Meinung bilden? Und warum haben wir teilweise unterschiedliche Meinungen, obwohl wir diese Grundwerte mehrheitlich teilen?

Die Politik ist keine exakte Wissenschaft. Es gibt nicht nur richtig und falsch. Darum braucht es eine ständige Auseinandersetzung mit unseren Grundwerten und deren Auslegung. Es geht um die Errungenschaften, welche die Schweiz ausmachen. Und

die Säulen, auf denen unser Staat steht. Dies sind aus meiner Sicht die folgenden fünf Grundwerte:

- Direkte Demokratie
- Föderalismus
- Subsidiarität
- Unabhängigkeit
- Neutralität

Diese Grundwerte haben zum Ziel, Schranken zu setzen. Schranken gegen staatliche Allmacht, gegen überbordende Ausgaben und Gesetze. Es sind vor allem Schranken für die Politiker und die Verwaltung. Diese Schranken führen zu den eigentlichen Erfolgsfaktoren der Schweiz:

- grösstmögliche individuelle Freiheit und Selbstverantwortung
- einen schlanken Staat
- eine freie und offene Marktwirtschaft
- eine auf Privatautonomie basierende Zivilgesellschaft

Für diese Erfolgsfaktoren sollten wir uns einsetzen. Es ist das, was die Schweiz ausmacht und uns Freiheit und Wohlstand gebracht hat. Und ich bin überzeugt, es sind auch die Faktoren, welche in Zukunft in einer globalisierten, vernetzten und digitalen Welt entscheidende Vorteile bringen wird.

Thomas Gemperle, Frauenfeld,
ehemaliger Präsident Junge SVP Thurgau

Agenda

Aktuelle Informationen zu Anlässen findet ihr immer unter www.jsvp-thurgau.ch

22. August 2014, 20 Uhr

Ausserordentliche Mitgliederversammlung

Wirtschaft zum Eigenhof, Weinfeldern

28. September 2014, ab 13:15 Uhr

Abstimmungstreff

Brauhaus Sternen, Frauenfeld

25. Oktober 2014

Besichtigung und Degustation der Firma Möhl AG

Mosterei Möhl AG, 9320 Arbon

Anmeldung an: moehl@jsvp-thurgau.ch

Die Teilnahme ist gratis und die Anzahl Personen beschränkt.

Vorankündigung

Oktober/November 2014

a.o. Mitgliederversammlung

30. November 2014

Abstimmungstreff

Dezember 2014

Fondueplausch

Januar 2015

Ordentliche Mitgliederversammlung

Impressum



Herausgeber:

Junge Schweizerische Volkspartei des Kantons Thurgau

Tosistrasse 4
8572 Berg TG

in Zusammenarbeit mit der
Jungen SVP Schweiz

Bilder stammen von den jeweiligen Kampagnenwebsites, bzw. von den Autoren.

Die Meinung in Artikeln ist jene der Autoren; die Partei fasst ihre Parolen an der Mitgliederversammlung.

Redaktion:

Fabian Meyerhans (Leitung)
Oliver Straub (Präsident)
Benjamin Kasper
Thomas Gemperle

Kontakt:

E-Mail: medien@jsvp-thurgau.ch